

Weitere Sanktionen gegen die Militärdiktatur in Myanmar gefordert!



Sehr geehrter Damen und Herren,

Berlin, 23.12.2021

wir schreiben Ihnen im Namen des Vereins German Solidarity with Myanmar Democracy e.V. (GSwMD e.V.) wegen der anhaltenden Menschenrechts- und humanitären Krise in Myanmar und bitten Sie, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine neue Runde gezielter Wirtschaftssanktionen gegen das Militär in Myanmar sicherzustellen.

GSwMD e.V. engagiert sich für die Demokratie in Myanmar. Wir arbeiten mit Netzwerken weltweit zusammen und unterstützen aktuell diese europäische Initiative für mehr gezielte Sanktionen gegen das Militärregime.

Die Menschen in Myanmar bringen große Opfer, um sich der Militärherrschaft zu widersetzen. Die Sanktionen der Bevölkerung gegen das Militär, wie z.B. der Boykott von Waren und Dienstleistungen von Militärunternehmen, der Verzicht auf den Kauf von Lotterielosen durch die Militärs Einkommen generieren oder die Weigerung, Stromrechnungen zu bezahlen, zeigen Wirkung beim myanmarischen Militär: Die Junta steht unter Druck wie nie zuvor. Überall im Land berichten Deserteure, dass die Moral auf dem Tiefpunkt ist. Mancherorts vertraut man den Soldaten nicht einmal mehr ihre Waffen an, es sei denn, sie gehen auf Patrouille, da die Kommandeure Überläufer und Meuterei befürchten. Die friedlichen Proteste der Bevölkerung werden täglich fortgesetzt. Inzwischen haben örtliche Volksverteidigungskräfte auch Waffen gegen das Militär erhoben, um sich gegen das menschenverachtende Vorgehen zu wehren.

Wie Ihnen bekannt ist, war Min Aung Hlaing nicht in der Lage, den Staatsstreich zu konsolidieren und greift zu immer brutaleren Methoden der Unterdrückung.

Das myanmarische Volk wird seine Freiheit selbst erringen aber die Europäische Union kann und muss viel mehr tun, um es zu unterstützen. Internationale Waffen und Ausrüstungen sowie internationale Unternehmen spielen eine Schlüsselrolle bei der Bewaffnung und Finanzierung des Militärs.

Die Europäische Union hat großen Einfluss, den sie nutzen kann, um das Militär zu schwächen und das myanmarische Volk in seinem Kampf für Menschenrechte und Demokratie zu unterstützen.

Es ist nun fünf Monate her, dass die EU neue Sanktionen gegen das myanmarische Militär verhängt hat. In dieser Zeit:

- sind mehr als weitere 432 Menschen vom Militär getötet worden, so dass sich die Gesamtzahl auf über 1.305 erhöht hat.
- sind mehr als weitere 4.525 Menschen vom Militär verhaftet worden, so dass sich die Gesamtzahl auf 10.756 erhöht hat. 7.823 politische Gefangene befinden sich heute in Haft, viele von ihnen werden gefoltert.
- ist die Zahl der Menschen, die seit dem Staatsstreich aufgrund von Drohungen und Angriffen des Militärs aus ihren Häusern geflohen sind, auf mehr als eine Viertelmillion Menschen gestiegen.

Die EU kann noch viel mehr tun, um den Geldfluss an das myanmarische Militär zu stoppen. Während Hunderte sterben und Tausende verhaftet werden, versäumt es die EU, den ihr zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Einfluss zur Förderung der Menschenrechte und der Demokratie in Myanmar zu nutzen.

Das jüngste Versäumnis, eine neue Runde von Sanktionen zu verhängen, ist umso enttäuschender, als es zunächst so aussah, als habe die EU aus den Fehlern der Vergangenheit bei der Verhängung von Sanktionen gegen Myanmar gelernt. Damals wurden einmalige Sanktionsrunden nur alle paar Jahre eingeführt, nachdem eine Gräueltat begangen worden war.

Nach dem Militärputsch vom 1. Februar verhängte die EU drei Runden von Sanktionen. Dies war eine sehr viel systematischeres und wirksameres Vorgehen im Vergleich zu früheren Sanktionen. Dies stellte sicher, dass das Militär verstand, dass die Europäische Union unerbittlich bei der Identifizierung und Sanktionierung von Einnahmequellen des Militärs vorgehen würde.

Ein solches systematisches Vorgehen ist sowohl hinsichtlich der Verringerung der Einnahmen als auch der psychologischen Wirkung auf das Militär sowie das korrupte und vetternwirtschaftliche Kartell, das das Militär wirtschaftlich unterstützt, effektiver.

Wir fordern die Bundesregierung dringend auf, eine neue Runde gezielter Wirtschaftssanktionen zu unterstützen, um die Einnahmen des Militärs zu reduzieren, einschließlich:

- Gaseinnahmen
- Einnahmen aus der mineralgewinnenden Industrie, einschließlich Kupfer und seltene Erden
- Des Büros des Generalquartiermeisters und anderen militärische Einrichtungen, die für den Kauf und die Herstellung von Waffen zuständig sind
- Banken in Myanmar, die vom Militär benutzt werden, um Einnahmen zu erzielen und zu transferieren, wie z.B. die Myanmar Foreign Trade Bank

Die Menschen in Myanmar riskieren alles, um ihre Freiheit zu erlangen, aber die EU tut noch nicht alles in ihrer Macht stehende, um ihnen zu helfen.

Bitte sorgen Sie dafür, dass die EU eine Politik der systematischen Identifizierung und Sanktionierung von Einnahmequellen des Militärs auf kontinuierlicher Basis verfolgt.

Mit freundlichen Grüßen

German Solidarity with Myanmar Democracy e. V.

www.solidarity-myanmar.de

kontakt@solidarity-myanmar.de